

Europa greift auch nach den Wäldern

Familienbetriebe Land und Forst wehren sich gegen Einflussnahme aus Brüssel

Bei den Klimaschutzleistungen des Waldes sei man noch nicht am Ziel, aber ein Stück weiter – das betonte Albrecht Fürst zu Oettingen Spielberg bei der Jahresversammlung der Familienbetriebe Land und Forst Bayern. Der Verbandsvorsitzende verwies auf die erfolgreiche Initiative „Kampagne 8 – Wald ist Klimaschützer“ der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW) und der Familienbetriebe Land und Forst: „Ein Hektar Wald bindet im Schnitt 8 Tonnen CO₂ im Jahr. Das entspricht dem durchschnittlichen CO₂-Fußabdruck jedes deutschen Bürgers“.

Die Ziele der EU-Kommission, die CO₂-Emissionen zu vermindern und die Biodiversität zu erhöhen, seien zwar richtig, aber der Weg dahin nicht. So sollen 10 % der Waldfläche stillgelegt und 30 % unter Schutz gestellt werden. „Dabei wurde eindeutig nachgewiesen, dass eine Bewirtschaftung die Artenvielfalt erhöht. Der Weg, den die EU vorschlägt, reduziert die Biodiversität“, erklärte Oettingen-Spielberg und bezüglich der Finanzierung fuhr er fort: „Es kann nicht sein, dass die Land- und Forstwirtschaft allein die Kosten trägt. Wenn die Gesellschaft etwas will, dann muss sie auch einen Beitrag leisten“.

Durchschnaufen bei der Grundsteuer

In seinem Geschäftsbericht begrüßte Oettingen-Spielberg auch das Flächenmodell von Bayern bei der Neuordnung der Grundsteuer. „Der Vorschlag von Finanzminister Scholz hat das Ziel, leichter eine Vermögenssteuer einführen zu können“, so seine Einschätzung zur Diskussion auf Bundesebene. Von dort konnte Oettingen-Spielberg auch Fabian Wendenburg, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Familienbetriebe Land und Forst begrüßen.

Somit konnten zahlreiche Mitglieder und Gäste die Botschaft von Wendenburg live mithören: „Klima- und Artenschutz funktionieren am besten mit der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und Äcker. Zudem gilt, wer regional einkaufen will, der muss auch die regionale Produktion zulassen, anstatt Nahrungsmittel und Rohstoffe zu importieren.“

Leider setzten die EU mit dem Green Deal und die Bundesregierung mit dem Klimaschutzgesetz auf mehr Schutzgebiete und weniger heimische



Einsatz für das Eigentum: Albrecht Fürst zu Oettingen-Spielberg (l.) Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst Bayern und Geschäftsführer Fabian Wendenburg vom Dachverband in Berlin.

Holznutzung. Hier müsse dringend nachgebessert werden. Andernfalls würden die Emissionen nur ins Ausland verlagert. Und hierzulande wäre die Wertschöpfung gefährdet.

Dass die forstrelevanten EU-Aktivitäten bis 2003 gering waren, ab diesem Zeitpunkt aber rapide anstiegen, zeigte Natalie Hufnagl-Jovy auf. Die ehemalige Generalsekretärin beim Zentralverband der Europäischen Waldbesitzer (CEPF) ist Referentin für europäische und internationale Forstpolitik der AGDW und des Deutschen Forstwirtschaftsrates (DFWR). Sie war kurzfristig andersorts gebunden und deshalb in München per Video zugeschaltet.

Starke Einflüsse auf Waldbewirtschaftung

Die EU nimmt mit vielen Initiativen/Strategien und Rechtsetzungen großen Einfluss auf die Verfügbarkeit des nachwachsenden Rohstoffes Holz, wie die Abbildung zeigt. Alles zusammen wird zu einem Monstrum an Bürokratismus und Lenkung der möglichen Aktivitäten führen.

So sehe der Green Deal der EU in allen Politikbereichen eine Priorisierung von Biodiversität (Biodiversitätsstrategie bis 2030) vor. Die Landnutzung soll als CO₂-Speicher dienen, wobei die Substitutionsleistung größtenteils ausgeblendet wird (LULUCF II). Es wird ein erneuerbarer Energiemix, aber am besten ohne Holz angestrebt (RED II/III). Ein Ordnungsrecht („Planwirtschaft“) überrollt die marktwirtschaftlichen Anreize (EU-Waldstrategie III).

„Es soll eine Überwachungsinstanz, die schon bei der Biodiversitätsstrategie sehr erzürnt hat, aufgebaut

werden in Form von Beweismonitoring, dass jeder in den Wald stapfen und Beobachtungen zur Anzeige bringen kann. Das heißt jetzt zwar nicht mehr Überwachungsinstanz, sondern Umsetzungsgarant, aber es wurde nichts entschärft“, erklärte Hufnagl-Jovy.

Klar ist, dass die nachhaltige Holznutzung unabdingbar ist für

- die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume
- eine langfristige nachhaltige Energieversorgung
- die Umsetzung des Neuen Europäischen Bauhauses und
- den Aufbau einer wettbewerbsfähigen

Familienbetriebe Land und Forst

Der Verein Familienbetriebe Land und Forst Bayern, der bis 2016 unter dem Namen „Verband der Bayerischen Grundbesitzer“ firmierte, vertritt die Interessen der Land- und Forstwirte und setzt sich für verbesserte politische Rahmenbedingungen und Planungssicherheit ein, um generationsübergreifendes Handeln zu ermöglichen. Er engagiert sich für die Stärkung des ländlichen Raums, für die unternehmerische Freiheit und den Schutz des privaten Eigentums als Basis der Sozialen Marktwirtschaft. Der Dachverband in Berlin vertritt elf Landesverbände auf Bundes- und EU-Ebene. (Info: www.familienbetriebebayern.de).

gen Bioökonomie, stellte die Rednerin fest. Aber das Holz solle bitte nicht aus den Wäldern der EU kommen. „Die EU verliert ihre Glaubwürdigkeit als Vorreiter für Nachhaltigkeit, wenn sie ihre Nachhaltigkeitsziele auf Ressourcen aus Drittstaaten aufbaut und damit gegen völkerrechtliche Vereinbarungen verstößt“, machte die Referentin deutlich und verwies auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

Um all diesem entgegenzuwirken, müssten alle Entscheidungsträger (Bundestags- und Europaabgeordnete, Ministerien etc.) noch intensiver mit Fakten versorgt werden. Die Solidarität in der Wertschöpfungskette müsse nach dem Motto „wir sitzen alle in einem Boot“ verbessert werden, wobei man sich die skandinavischen Länder als Vorbild nehmen sollte, wo es besser läuft. „Außerdem müssen wir die Botschaft, dass EU-Forstwirtschaft anders ist als Forstwirtschaft in Drittstaaten, nach außen tragen und das Waldwissen auf breiter Ebene ausbauen und damit fake news entzaubern“, so Hufnagl-Jovy.

Allianzen schmieden für den ländlichen Raum

Viele Aktivitäten gibt es, um den ländlichen Raum zu stärken. Das „Aktionsbündnis ländlicher Raum“, das noch in der Findungsphase steckt, stellte Baron Hanskarl von Thüngen vor. Es soll dem ländlichen Raum eine Stimme geben, denn dieser könne seine Probleme selbst lösen und brauche nicht die Ratschläge der Städter. Das Bündnis will vorerst in drei Regierungsbezirken in Bayern regionale Themen aufgreifen. Das erste Arbeitstreffen fand im unterfränkischen Kitzingen statt. Beim nächsten Termin in Garmisch-Partenkirchen soll es um Themen wie Wolfmanagement und Tourismusüberschwemmung gehen.

Auf eine interkommunale Aktion der Aufklärung, die Wälder, Felder und Seen umfasst, setzt Hans C. Graf zu Toerring-Jettenbach vom Schloss Seefeld am oberbayerischen Pilsensee, „denn die Bevölkerung macht Fehler, weil sie es nicht weiß und es nicht gelernt hat. Aber wir sehen, dass 80 bis 90 Prozent von ihnen guten Willens sind. Wir müssen mehr mit ihnen reden“.

Durch die turnusgemäß durchgeführten Wahlen hat sich nichts geändert. Die bewährte Vorstandschaft wurde von den Mitgliedern im Amt bestätigt. Beim Beirat dagegen wurde durch die Wahl von einigen jüngeren Mitgliedern eine Verjüngung eingeläutet.

Ludwig Holly